

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IX
Einführungsliteratur	XV
Vorbemerkung	XVII
Erster Abschnitt: Grundlagen	1
A. Begriff und Aufgaben des Zivilprozesses	1
I. Selbsthilfe und Justizgewährungsanspruch	1
II. Die Aufgaben des Erkenntnisverfahrens	1
III. Einordnung und Rechtsquellen	3
B. Prozessgrundsätze	3
I. Grundsätze betreffend die Aufgabenverteilung zwischen Gericht und Parteien	3
1. Dispositionsgrundsatz	3
a) Einleitung des Verfahrens	3
b) Bindung an den Antrag	4
c) Einlegung von Rechtsmitteln	4
d) Disposition über den Streitgegenstand	4
2. Verhandlungsgrundsatz/Untersuchungsgrundsatz	5
3. Amtsbetrieb	7
II. Grundsätze betreffend die Gestaltung des Verfahrens als „fair trial“	7
1. Grundsatz der Mündlichkeit	7
2. Grundsatz der Unmittelbarkeit	8
3. Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens	8
4. Grundsatz des beiderseitigen rechtlichen Gehörs	9
5. Grundsatz der Verfahrenskonzentration	10
C. Grober Überblick über den typischen Gang eines Zivilprozesses in der Praxis	12
Zweiter Abschnitt: Die Zivilgerichtsbarkeit	15
A. Trennung der ordentlichen Gerichtsbarkeit von der Verwaltung	15
B. Die Zulässigkeit des Rechtswegs	16
I. Problemstellung	16
II. Die Zulässigkeit des Gerichtswegs	17
1. Abgrenzung zur Verwaltung	17
2. Behandlung der Unzulässigkeit des Gerichtswegs	17
III. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	17
1. Ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafggerichtsbarkeit)	17
2. Sondergerichte	18
a) Sondergerichte des öffentlichen Rechts	18
b) Sondergerichte des Privatrechts	18
3. Behandlung der Unzulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	19
IV. Die Zulässigkeit des streitigen Rechtswegs	19
1. Streitiger Rechtsweg	19
2. Außerstreitiger Rechtsweg	19
3. Vollstreckungsverfahren	20
4. Insolvenzverfahren	20
5. Zivilgerichte und Strafgerichte	20
V. Zugehörigkeit zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit	21
C. Inländische Gerichtsbarkeit	21
I. Begriff der inländischen Gerichtsbarkeit	21
II. Einschränkungen der inländischen Gerichtsbarkeit (Immunitäten)	21

- D. Die ordentlichen Gerichte 22
 - I. Gerichtsorganisation 22
 - II. Instanzenzug 23
 - III. Gerichtsbesetzung 23
 - 1. Gerichtsbesetzung in erster Instanz 23
 - 2. Gerichtsbesetzung in höherer Instanz 24
 - 3. Entscheidungsfindung im Senat 24
 - 4. Fehlerhafte Gerichtsbesetzung 25
 - IV. Prinzip der festen Geschäftsverteilung 25
- E. Die Gerichtspersonen 26
 - I. Richter 26
 - 1. Berufs- oder Laienrichter? 26
 - 2. Die richterliche Unabhängigkeit 26
 - 3. Justizverwaltung 26
 - II. Rechtspfleger (Diplomrechtspfleger) 27
 - III. Geschäftsstelle 27
 - IV. Unparteilichkeit der gerichtlichen Organe 27
 - 1. Ausschlussgründe 28
 - 2. Befangenheitsgründe 28
 - 3. Ablehnungsverfahren 29
- Dritter Abschnitt: Zuständigkeitsordnung 31**
 - A. Die Zuständigkeit im Allgemeinen 31
 - B. Die internationale Zuständigkeit 32
 - I. Begriff der internationalen Zuständigkeit 32
 - II. Die Grenzen der internationalen Zuständigkeit 32
 - III. Ordination (§ 28 JN) 33
 - IV. Prüfung der internationalen Zuständigkeit 34
 - 1. Prüfung nach dem autonomen österreichischen Recht 34
 - 2. Prüfung nach EuGVVO/LGVÜ 2007 35
 - V. Die internationale Zuständigkeit nach EuGVVO, LGVÜ 2007 und Brüssel IIa 36
 - 1. Entwicklung 36
 - 2. Anwendungsbereich 37
 - a) Sachlicher Anwendungsbereich 37
 - b) Räumlich-personeller Anwendungsbereich 37
 - 3. Allgemeine Zuständigkeit und besondere Zuständigkeiten nach den Verordnungen und Übereinkommen 38
 - a) Das Zuständigkeitssystem von EuGVVO 2012 und LGVÜ 2007 38
 - b) Das Zuständigkeitssystem der Brüssel IIa-VO 40
 - C. Die sachliche Zuständigkeit 41
 - I. Der Begriff der sachlichen Zuständigkeit 41
 - II. Die sachliche Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtstypen 42
 - 1. Zuständigkeit der (allgemeinen) Bezirksgerichte 42
 - 2. Zuständigkeit der (allgemeinen) Landesgerichte 42
 - 3. Zuständigkeit der Handelsgerichte und Bezirksgerichte für (in) Handelssachen 42
 - 4. Zuständigkeit der Arbeits- und Sozialgerichte 42
 - III. Streitwertberechnung 43
 - 1. Bedeutung des Streitwerts 43
 - 2. Maßgeblicher Zeitpunkt 43
 - 3. Feststellung der Höhe des Streitwerts 43

D. Die örtliche Zuständigkeit	44
I. Der Begriff der örtlichen Zuständigkeit (Gerichtsstand)	44
1. Der allgemeine Gerichtsstand	44
2. Die besonderen Gerichtsstände	45
II. Delegation	45
1. Delegation im engeren Sinn	46
2. Zuständigkeitsübertragung durch das angerufene Gericht	46
E. Die Zuständigkeitsvereinbarung (Prorogation)	46
F. Die Zuständigkeitsprüfung und die Folgen der Unzuständigkeit	47
I. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im erstinstanzlichen Verfahren	48
1. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit	48
2. Die Überweisung an das nicht offenbar unzuständige Gericht auf Antrag des Klägers	49
a) Überweisungsantrag nach § 230a ZPO	49
b) Überweisungsantrag nach § 261 Abs 6 ZPO	49
II. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im Rechtsmittelverfahren	50
G. Die Entscheidung über die Zuständigkeit	50
I. Die Entscheidungsgrundlagen	50
II. Der maßgebliche Zeitpunkt	50
III. Form und Anfechtbarkeit der Entscheidung	51
H. Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten	51
Vierter Abschnitt: Die Prozessparteien	53
A. Der Parteibegriff	53
B. Die Bestimmung der Parteien	53
I. Bezeichnung der Parteien in der Klage	53
II. Fehler bei der Bestimmung der Partei	54
1. Unrichtige Parteibezeichnung	54
2. Zustellung der Klage an eine falsche Person	54
a) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage nicht als Beklagter gemeint sein kann	55
b) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage als Beklagter gemeint sein kann	55
C. Prozessstandschaft und Amtsparteien	55
I. Prozessstandschaft	55
II. Zur gesetzlichen Prozessstandschaft und Amtspartei	56
III. „Sammelklagen“	56
D. Parteimehrheit (Streitgenossenschaft)	57
I. Begriff der Streitgenossenschaft	57
II. Arten von Streitgenossenschaften	57
1. Übersicht	57
2. Einfache Streitgenossenschaft (§ 11 ZPO)	57
a) Materielle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 1 ZPO)	58
b) Formelle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 2 ZPO)	58
3. Einheitliche Streitpartei (§ 14 ZPO)	58
III. Die prozessualen Wirkungen von Streitgenossenschaften	58
1. Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft	58
2. Wirkungen der einheitlichen Streitpartei	59

- E. Parteiwechsel und Parteibeitritt 59
 - I. Begriffe 59
 - II. Die Zulässigkeit des Parteiwechsels 60
 - 1. Gesamt-(Universal-)rechtsnachfolge 60
 - 2. Sonstige Fälle des Parteiwechsels (Insolvenz, Einzelrechtsnachfolge) 60
- F. Nebenintervention 61
 - I. Begriff und Arten 61
 - II. Die Voraussetzungen der Nebenintervention 61
 - III. Beitrittsverfahren 62
 - IV. Die prozessuale Stellung des Nebenintervenienten 62
 - 1. Die Stellung des einfachen Nebenintervenienten 63
 - 2. Die Stellung des streitgenössischen Nebenintervenienten 63
 - 3. Die Stellung des Untermieters im Kündigungs- und Räumungsverfahren gegen den Hauptmieter 63
 - V. Hauptintervention („Einmischungsklage“, § 16 ZPO) 64
- G. Streitverkündung 64
 - I. Begriff und Zweck 65
 - II. Form und Wirkung 65
 - III. Auktorbenennung 65
- H. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit 66
 - I. Parteifähigkeit 66
 - II. Prozessfähigkeit 66
 - III. Die prozessuale Behandlung der mangelnden Partei- und Prozessfähigkeit 67
- I. Postulationsfähigkeit und Vertretung im Prozess 68
 - I. Postulationsfähigkeit 68
 - II. Vertretung im Prozess 68
 - 1. Notwendigkeit und Zulässigkeit der Vertretung; Anwaltpflicht 68
 - a) Absolute Anwaltpflicht 68
 - b) Relative Anwaltpflicht 69
 - c) Gewillkürte Vertretung in Verfahren ohne Anwaltpflicht 69
 - 2. Voraussetzungen für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft 69
 - a) Nationale Regeln in Österreich für den Zugang zur Rechtsanwaltschaft und die Berufsausübung 69
 - b) Europa 69
 - 3. Voraussetzungen und Wirkungen der Vertretung; Umfang der Vollmacht 70
 - 4. Nachweis der Bevollmächtigung 71
 - 5. Erlöschen der Vollmacht 71
 - 6. Behandlung der Vertretung im Prozess 72
 - 7. Die Folgen eines Mangels der Vertretungsmacht 72
 - a) Vorläufige Zulassung als Bevollmächtigter (§ 38 ZPO) 72
 - b) Wahrnehmung des Mangels der Bevollmächtigung im Prozess 72
- Fünfter Abschnitt: Die Klage 73**
 - A. Funktion der Klage 73
 - B. Die Klagearten 74
 - I. Leistungsklage 75
 - 1. Leistungsklage im engeren Sinn 75
 - 2. Duldungsklage 75
 - 3. Unterlassungsklage 75

II.	Feststellungsklage	76
1.	Feststellungsfähiges Recht oder Rechtsverhältnis	76
2.	Rechtliches Interesse	77
3.	Bedeutung der Feststellungsklage	78
4.	Zwischenantrag auf Feststellung	78
III.	Rechtsgestaltungsklage	79
1.	Funktion der Rechtsgestaltungsklage	79
2.	Arten von Rechtsgestaltungsklagen	79
C.	Klagenhäufung	80
I.	Begriff und Arten	80
II.	Voraussetzungen der objektiven Klagenhäufung	80
III.	Arten der objektiven Klagenhäufung	81
1.	Kumulative Klagenhäufung	81
2.	Eventualklagenhäufung	81
3.	Alternative Klagenhäufung	81
IV.	Verbindung und Trennung von Verfahren (§§ 187, 188 ZPO)	82
D.	Widerklage	82
I.	Die Widerklage im österreichischen Recht	82
1.	Die Voraussetzungen der Widerklage	82
2.	Die Bedeutung der Widerklage	83
3.	Unterschiede der Widerklage zur Geltendmachung einer Gegenforderung mittels Aufrechnungseinwendung	83
4.	Die Widerklage nach Art 8 Nr 3 EuGVVO 2012 bzw Art 6 Nr 3 LGVÜ 2007	84
E.	Inhalt und Bestimmtheit der Klage	84
I.	Inhalt der Klage	84
II.	Klageerzählung und Schlüssigkeit	84
III.	Bestimmtes Begehren	85
1.	Bestimmtheitsgebot	85
2.	Bedingungsfeindlichkeit	85
3.	Ausnahmen vom Bestimmtheitserfordernis	85
F.	Die Klageerhebung	86
I.	Gerichtsanhängigkeit	86
1.	Prozessrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	86
2.	Materiellrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	86
II.	Die Prüfung der Klage durch das Gericht	87
1.	Zuständigkeitsprüfung	87
2.	Die Prüfung der übrigen Prozessvoraussetzungen	87
3.	Die Prüfung der Form- und Inhaltsvorschriften der Klage	87
III.	Das weitere Vorverfahren	87
IV.	Zustellung der Klage an den Beklagten	88
V.	Die Streitanhängigkeit	89
1.	Prozessuale Wirkungen der Streitanhängigkeit	89
2.	Die Streitanhängigkeit als Prozesshindernis	89
a)	Negative Prozessvoraussetzung	89
b)	Identität der Parteien und des Streitgegenstands	89
c)	Streitanhängigkeit bei Aufrechnungseinwendung	90
d)	Internationale Streitanhängigkeit	90
3.	Materiellrechtliche Folgen der Streitanhängigkeit	91

- G. Die Prüfung der Prozessvoraussetzungen 91
 - I. Der Begriff der Prozessvoraussetzung 91
 - II. Positive und negative Prozessvoraussetzungen 91
 - 1. Positive Prozessvoraussetzungen 91
 - 2. Negative Prozessvoraussetzungen (Prozesshindernisse) 92
 - III. Absolute und relative Prozessvoraussetzungen 92
 - IV. Die prozessuale Behandlung der Prozessvoraussetzungen 93
 - 1. Prüfung von Amts wegen 93
 - 2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Prüfung 93
 - 3. Die Entscheidung über Prozessvoraussetzungen 93
 - 4. Die Rangordnung der Prozessvoraussetzungen und die Reihenfolge der Prüfung 94
- H. Der Streitgegenstand 95
 - I. Die Bedeutung des Streitgegenstandes 95
 - II. Der Begriff des Streitgegenstandes 95
- I. Die Klageänderung 97
 - I. Änderung des Streitgegenstandes 97
 - II. Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Klageänderung 97
 - III. Form und Auswirkungen der Klageänderung 98
- J. Die Veräußerung der streitverfangenen Sache 98
- Stichwortverzeichnis 101